

Nachhaltigkeit als Fundament

Implikationen der Landeskulturpolitik NRW



Foto: MKW, Anja Tiwisina

Ina Brandes MdL ist Ministerin für Kultur und Wissenschaft des Landes Nordrhein-Westfalen

Der Begriff der Nachhaltigkeit ist in aller Munde und darf inzwischen in keiner Sonntagsrede fehlen. Das hat dazu geführt, dass er sich abgenutzt hat, inhaltsleer wurde und sich manche und mancher – nicht nur in der Kulturszene – fragt, ob wir überhaupt noch über Nachhaltigkeit sprechen müssen oder sollten. Und genau darin liegt ein echtes Problem. Denn tatsächlich sollte Nachhaltigkeit in ihrer ganzen Breite – also ökologisch, ökonomisch, sozial und haushalterisch – das Fundament jeder anständigen Politik sein. Auch und gerade der Kulturpolitik!

Ich bin vor über drei Jahren in einer sehr besonderen Zeit Kulturministerin in Nordrhein-Westfalen geworden. Wir erlebten gerade die letzten Auswirkungen der Corona-Pandemie. Das Schlimmste schien gerade erst überstanden, da überfiel Russland die Ukraine. Die Folgen für alle Kulturbetriebe sind bekannt: drastische Kostensteigerungen für Energie und Baumaterial.

Damit einhergehend standen auch die öffentlichen Haushalte unter großem Druck. Mehr oder weniger gleichzeitig hatten wir es also mit mehreren Krisen zu tun: Corona, Krieg in der Ukraine und angespannte Haushalte. Die Konsequenzen aus dieser Stapelkrise sind auch heute noch nicht vollständig, aber doch zu einem großen Teil handlungsleitend für meine tägliche Arbeit. Ich bin überzeugt, all diesen Herausforderungen kann man mit einer nachhaltigen Kulturpolitik begegnen.

Ökologische Nachhaltigkeit

Spätestens mit der drastischen Verteuerung von Energie musste auch dem Letzten klar werden, dass wir mit den Ressourcen auf diesem Planeten

sparsamer umgehen müssen. Tatsächlich wurde die ökologische Nachhaltigkeit schlagartig auch zu einer wirtschaftlichen, einer finanziellen Frage. Also: Können wir es uns überhaupt noch leisten, Strom und Wärme nicht ökologisch zu erzeugen? Wir haben in Nordrhein-Westfalen darauf mit einer Reihe von Maßnahmen reagiert:

- Mehr als 80 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus dem nordrhein-westfälischen Kulturbetrieb haben sich in einem vom Ministerium für Kultur und Wissenschaft finanzierten Programm zu Transformationsmanagerinnen und -managern qualifiziert. Die Weiterbildung wurde gemeinsam mit dem Aktionsnetzwerk Nachhaltigkeit für Kultur und Medien und der Industrie- und Handelskammer Köln speziell für die Kultur entwickelt und beschäftigt sich mit konkreten Fallbeispielen aus den einzelnen Kulturhäusern. So ist ein Netzwerk von Expertinnen und Experten im ganzen Land entstanden, die voneinander lernen und die passende Lösung für einen effizienten und umweltfreundlichen Umgang mit Ressourcen in ihrem Haus finden.
- Großen Zuspruch erfährt auch das Beratungsportal »kultur-klima.de«, das gemeinsam vom Ministerium für Kultur und Wissenschaft und den Landschaftsverbänden angeboten wird. Energie-Fachleute kümmern sich um Fragen einer klugen, nachhaltigen Energiestrategie und schaffen für die Kulturlandschaft Freiräume für das, was sie am besten kann: Kunst und Kultur.
- Mit einem neuen Programm im Rahmen der von Bund und Land finanzierten Strukturförderung für das Rheinische Revier wird die energetische

Sanierung kommunaler Gebäude unterstützt. Dazu gehören auch Kulturbauten wie Theater, Museen und Bibliotheken. Voraussetzung für die Förderung ist, dass mit der Sanierung eine Energieeinsparung von mindestens 50 Prozent – bei der Sanierung der Bühnentechnik von mindestens 20 Prozent – der Primärenergie einhergeht.

Soziale Nachhaltigkeit

Weniger im Fokus, aber mindestens genauso wichtig ist der soziale Aspekt der Nachhaltigkeit. Künstlerinnen und Künstler leisten für den Zusammenhalt unserer Gesellschaft einen unschätzbaren Wert – und der hat seinen Preis. Und es soll ein fairer Preis sein. Tatsächlich ging es für viele Künstlerinnen und Künstler um die nackte Existenz, als sie während der Corona-Pandemie nicht mehr auftreten konnten. Es gibt eben kein Kurzarbeitergeld in der Kultur, das die ganze sonstige erwerbstätige Bevölkerung über die Pandemie gebracht hat. Die Frage der sozialen Absicherung von Künstlerinnen und Künstlern bekam also plötzlich neue Brisanz, Aktualität und Dringlichkeit.

Meine Vorgängerin hat mit einer Fülle von Stipendien sehr schnell, sehr unbürokratisch und auch in sehr nennenswertem Umfang dafür gesorgt, dass sich die Künstlerinnen und Künstler über die Corona-Zeit retten konnten. Nachhaltig war das sicher nicht – aber in der damaligen Situation sicherlich ebenso alternativlos und ein klarer Auftrag an uns: Wir müssen Strukturen schaffen, die die Künstlerinnen und Künstler aus dieser zeitweise existenzbedrohenden Situation herausführen:

- Deshalb gelten in Nordrhein-Westfalen seit August 2025 in den Programmen der Kulturellen Bildung »Kultur und Schule« und »Künstlerinnen und Künstler in die Kita« Honoraruntergrenzen. Ab Januar 2026 werden diese für alle Programme eingeführt – ab dem ersten Euro Landesförderung. Damit ist Nordrhein-Westfalen das erste Flächenland, das die faire Bezahlung von Kunstschaaffenden so konsequent umsetzt.
- Darüber hinaus brauchen wir eine Absicherung für freischaffende Künstlerinnen und Künstler in Phasen ohne Beschäftigung. Auf Initiative des Landes Nordrhein-Westfalen hat sich der Bundesrat mit einem Antrag zur Erweiterung der Künstlersozialkasse beschäftigt, so dass die Versorgungslücke zwischen zwei Engagements geschlossen wird. Unser Vorschlag sieht eine weitere Säule in der Künstlersozialversicherung vor, in die Künstlerinnen und Künstler, der Bund sowie die Verwerter künstlerischer und publizistischer Leistungen über die Künstlersozialabgabe einzahlen.

Ökonomische Nachhaltigkeit

Der dritte Punkt betrifft die ökonomische Nachhaltigkeit. Nach der Pandemie drängten sich Fragen zur Publikumsbindung auf, die längst überfällig waren: Wird es gelingen, dass nach Corona überhaupt noch jemand ins Theater, Konzert- und Opernhäuser kommt? Und wenn ja, wer? Ist es gelungen, während der Pandemie mit dem Publikum zu arbeiten? Was wissen die Häuser über ihr Publikum?

Und mit Blick auf die Zukunft: Wie kann sichergestellt werden, dass die nachwachsende Generation als Publikum gewonnen wird und erhalten bleibt? Schließlich hat eine ganze Generation während der Pandemie über mehrere, wichtige Jahre nur wenig Kultur erleben können. Schulausflüge in Theater und Museen, Bibliotheken und Konzertbesuche – all das konnte über lange Zeit nicht stattfinden. Und wer mit 13 Jahren noch nie im Theater war, wird wahrscheinlich mit 33 Jahren nicht plötzlich zum Stammpublikum gehören.

Ich halte es deshalb für unverzichtbar, mehr über unser Publikum zu erfahren, dauerhaft ein diverses Publikum mit unseren Kulturangeboten anzusprechen und die Kulturelle Bildung von Kindern und Jugendlichen zu fördern.

- Mehr als 20 Kulturorte in den Städten Aachen, Essen, Herford, Oberhausen, Köln und Düsseldorf beteiligen sich am Kulturmonitoring, das vom Berliner Institut für Teilhabeforschung betreut wird. Dank regelmäßiger Befragungen anhand eines einheitlichen Fragenkatalogs und einheitlicher Methodik soll das Kulturmonitoring darüber Aufschluss geben, wie sich das Publikum im Laufe der Zeit entwickelt. Die große, gemeinsame Datenbasis aller teilnehmenden Kulturorte ermöglicht Vergleiche innerhalb der einzelnen Sparten und mit anderen Einrichtungen. Erhoben werden umfassende Zahlen und Daten wie Alter, Wohnort und Bildungsniveau, Häufigkeit der Besuche und Zufriedenheit des Publikums.
- Mit einer landesweiten Befragung des Büros der Landestheater NRW sind in dieser Form erstmals Wünsche und Erwartungen des Theaterpublikums näher untersucht worden. Wissenschaftlich begleitet wurde die Umfrage unter 5.550 Theaterfans und Nicht-Besucherinnen und Besuchern vom Software Innovation Campus Paderborn der Universität Paderborn. Das Ergebnis: In vielen Häusern ist das Publikum nach der Corona-Pandemie wieder da – teils in größerem Umfang als erwartet. Andere Theater haben erkannt, dass es kreative Ideen braucht, um das Publikum zurückzuholen und neue Zuschauerinnen und Zuschauer zu gewinnen.

- Angesichts der kulturellen Zwangspause während Corona ist es umso wichtiger, dass junge Menschen so früh wie möglich Kunst und Kultur erleben können. Die nordrhein-westfälische Landesregierung fördert deshalb seit 2022 kreative Kooperationsprojekte zwischen Kitas und professionellen Künstlerinnen, Künstlern und Kultureinrichtungen.
- Ab der Grundschule können Kinder ihre Begabungen, Interessen und künstlerische Ausdrucksformen im Programm »JeKits – Jedem Kind Instrumente, Tanzen, Singen« entdecken. Wir erreichen damit über 110.000 Kinder an mehr als 1.000 Schulen in 200 Städten und Gemeinden. JeKits ist inzwischen das größte kulturelle Bildungsprogramm Deutschlands geworden. Mit 16,3 Millionen Euro pro Jahr fördern wir Talente, die wir als Publikum und als Kulturschaffende der Zukunft dringend brauchen.
- Im »Modellprojekt zur Talentsuche und -förderung in Musik und Musikpädagogik« des Landesverbands der Musikschulen NRW entwickeln Musikschulen, Amateurmusikvereine, Schulen und Musikhochschulen eine gemeinsame Strategie, systematisch und nachhaltig junge Menschen für Musik zu begeistern.

Nachhaltigkeit in öffentlichen Haushalten

Die öffentlichen Haushalte stehen auf allen staatlichen Ebenen unter Druck. Gleichwohl haben wir alle relativ wenig Erfahrung mit der Frage, wie man eigentlich in der Kultur spart. Das merken wir in den Diskussionen, die aktuell in allen Bundesländern geführt werden. Nähert man sich dieser Frage, sind alle sofort in Alarmbereitschaft und emotional angefasst. Die eine wie die andere Seite – mit nachvollziehbarer Motivation, aber ohne Effekt. Denn öffentliche Empörung ändert ja nichts daran, dass am Ende eine tragfähige Lösung stehen muss.

Alle Beteiligten vertreten – völlig zu Recht – ihre Partikularinteressen und haben in der Regel für sich sehr klar, dass Einsparungen unmöglich sind. Je mehr Parteien sie als Kulturministerin anhören, desto klarer wird die Erkenntnis: Es darf nicht ein einziger Euro weniger ausgegeben werden. Im Gegenteil: Es muss dringend noch mehr Geld für die jeweilige Sparte oder das jeweilige Anliegen bereitgestellt werden.

Das ist für jemanden, der politische Verantwortung trägt, kein gangbarer Weg. Und so habe ich versucht, einseitige Prioritätensetzung zu vermeiden und sicherzustellen, dass es gerecht zugeht. Zugleich habe ich versucht, die Betroffenen nicht allzu früh mit allzu vorläufigen Überlegungen zu konfrontieren, sondern erst dann zu kommunizieren, wenn es etwas zu kommunizieren gab.

Ich habe wiederholt den Begriff des »Auf-Sicht-Fahrens« benutzt. Was heißt das? In den vergangenen Jahren haben sich im Haushaltsvollzug stets neue Spielräume ergeben – oft für Projekte, die zu Jahresbeginn noch unmöglich schienen. Deshalb habe ich es vermieden, vorschnell Haushaltsentscheidungen zu treffen. Ich bin dafür scharf kritisiert worden, weil das »Auf-Sicht-Fahren« auch bedeutet, dass Künstlerinnen und Künstler, länger als uns allen lieb ist, auf eine Förderzusage warten mussten. Die Alternative wäre jedoch gewesen, sehr frühzeitig und eventuell voreilig sehr klare Absagen auszusprechen – mit erheblichen Folgen für die Kulturszene.

Für den Kulturhaushalt Nordrhein-Westfalens heißt das: Wir haben Anfang des Jahres mit Einsparungen in Höhe von rund 50 Millionen Euro gerechnet und so die internen Haushaltsberatungen begonnen. Acht Monate später sind wir bei einem Plus von 8 Millionen Euro im Kulturhaushalt angekommen. Während der Beratungen stellte sich also immer wieder die Frage: Wann ist der richtige Zeitpunkt, die Betroffenen mitzunehmen? Ich habe mich dazu entschieden, diese Spannung und den damit einhergehenden Vorwurf der Intransparenz auszuhalten, um möglichst wenig Schaden in der Kultur anzurichten. Das »Auf-Sicht-Fahren« ist nach meiner Überzeugung der nachhaltigere Weg, weil es uns so gelingt auch in Zeiten angespannter Haushalte, so viele Förderungen wie möglich zu erhalten.

Für eine nachhaltige Kulturpolitik ist es unerlässlich, dass wir Spielräume im Haushalt eben nicht dafür nutzen, noch ein weiteres Projekt aufzulegen und noch eine weitere Förderung zu erfinden. Wir müssen lernen, das Geld so einzusetzen, dass wir auf schlechte Zeiten vorbereitet sind und Strukturen schaffen, die prekär aufgestellten Einrichtungen dauerhaft helfen. Das heißt zum Beispiel, Geld für die Sanierung von Kulturbauten zu investieren, um so dauerhaft Energiekosten einzusparen. Die Vorbereitung in guten Zeiten macht Kulturbetriebe resilient in schlechten Zeiten, von denen wir alle wissen, dass sie irgendwann kommen. Das verstehe ich unter nachhaltiger Kulturpolitik.

Die vier genannten Aspekte der Nachhaltigkeit begleiten mich seit meinem Amtsantritt im Ministerium für Kultur und Wissenschaft. Das hat dazu geführt, dass meiner Arbeit ein zutiefst pragmatisches kulturpolitisches Gesamtbild zugrunde liegt, und ich jeden Tag versuche, die verschiedenen Aspekte der Nachhaltigkeit zusammenzuführen. Wir brauchen diese Nachhaltigkeit als Fundament, um die Kultur insgesamt resilienter zu machen. Nachhaltigkeit und Resilienz sind für mich zwei Seiten einer Medaille. Genau diesen Weg können wir nur gemeinsam gehen – Politik, Kulturbetriebe, Künstlerinnen und Künstler. Ich freue mich, die Diskussion darüber weiterzuführen. ■